

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größter tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Freitag, den 25. März 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Rußland und Japan.

Ueber den neuesten Angriff der Japaner auf Port Arthur in der Nacht zum Dienstag und am Dienstagvormittag berichtet nunmehr ein amtliches Telegramm des Statthalters Alexjew an den Zaren aus Mukden Näheres. Es lautet: „Der Kommandant der Flotte berichtet heute (Dienstag) aus Port Arthur: Um Mitternacht näherten sich zwei feindliche Torpedoboote der äußeren Reede, wurden aber durch die Scheinwerfer der Batterien entdeckt und mit Feuer von den Batterien und drei Kanonenbooten empfangen. Die Japaner zogen sich infolgedessen wieder zurück. Um 4 Uhr früh wurde ein zweites von drei feindlichen Torpedoboote unternehmener Angriff ebenfalls zurückgewiesen. Bei Tagesanbruch näherten sich von allen Seiten kommend drei feindliche Detachements, nämlich sechs Panzer, sechs Panzerkreuzer, sechs Kreuzer zweiter und dritter Klasse und acht Torpedoboote. Um 7 Uhr früh begann unter Kreuzergeschwadern die Kanonade zu verlaufen, als erster der Kreuzer „Asold“ mit meiner Flagge. Die feindlichen Panzer näherten sich Viantschan und feuerten etwa 100 Schuß auf Port Arthur und etwa die gleiche Zahl auf die Umgegend ab. Unsere Schiffe fielen trotz der Entfernung sehr gut ein. Gegen 10 Uhr früh traf eine Granate einen japanischen Kreuzer, der sich entfernte. Nachdem das Bombardement gegen 11 Uhr vormittags aufgehört hatte, entfernten sich die feindlichen Schiffe, ohne unser Geschwader anzugreifen. Nach einem weiteren Bericht des Generals Stössel bestand aus feindlichen Geschwadern, das vor Port Arthur erschien, aus sechs Panzern und zwölf Kreuzern. Gegen 9 Uhr früh teilte sich das Geschwader. Die Panzer und Torpedoboote nahmen Stellung zwischen Viantschan und der Golobinabucht, während die Kreuzer in zwei Gruppen nach dem Süden und Südosten von Port Arthur gingen. Um 9 Uhr 30 Min. eröffnete der „Retwisan“ das Feuer über Viantschan hinweg gegen die feindlichen Kreuzer, die antworteten und auf die Stadt zielten. Inzwischen ging das russische Geschwader auf die Außenreede und formierte sich in Linie. Gegen 11 Uhr schwächte sich das Feuer ab. Das japanische Geschwader vereinigte sich und dampfte langsam nach Südosten ab. Um Mittag war es verschwunden. Fünf russische Soldaten wurden während der Beschießung getötet, neun verwundet, einer leicht verletzt.“ Ueber die Wirkung des Feuers der Japaner auf die Befestigungen vor Port Arthur und auf die russischen Schiffe wird leider in der Depesche nichts gesagt. Daß es ganz wirkungslos geblieben sein soll, kann nicht gut angenommen werden.

Der „Londoner Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai, nach Meldungen, die Beamte erhalten haben, sollen die Russen im Begriffe sein, Port Arthur zu verlassen, nachdem sie Minen gelegt haben. Die Vorräte sollen gegebenenfalls in Brand gesteckt werden. Nach einer „Times“-Meldung aus Tokio verlautet dort gerüchtheilweise, die Japaner hätten Port Arthur blockiert.

Der Vormarsch der Japaner in Korea nach Norden vollzieht sich langsam, aber stetig. Die beiderseitigen Kavalleriepatrouillen sind in fortwährender Fühlung miteinander. Die am weitesten vorgeschobenen japanischen Truppen, die in Gungpiung stehen, sind nur noch zirka 80 Kilometer vom Jalu entfernt. Die Truppen haben mit außerordentlichen Schwierigkeiten in Folge der schlechten Wege zu kämpfen. Wie der „Times“ aus Tokio telegraphiert wurde, wurden 300 aufständische Koreaner aus Hamhung von Japanern, die von Genjan aus anrückten, angegriffen. Zwei Koreaner wurden getötet, 20 verwundet und 36 gefangen genommen. Die Gefangenen geben an, sie seien von den Russen aufgeschachtelt worden.

Die koreanische Regierung hat sich entschlossen, auch Yonampyo dem fremden Handel zu öffnen. Der rollende russische Rubel scheint ein neues Opfer fordern zu sollen. Nach einer Reuters-Meldung aus Tokio ist das japanische Parlamentsmitglied Ukiyama, Herausgeber eines die Regierung heftig bekämpfenden Blattes, wegen verräterischen Verkehrs mit Rußland angeklagt worden. Die Angelegenheit wurde einer Kommission des Abgeordnetenhauses zur Untersuchung übergeben.

## Politische Stunden.

Deutschland.

**Liberaler Wahlreform.** Wie das Ideal eines Wahlrechts nach nationalliberaler Vorstellung aussieht, kann man jetzt an einem Antrag zur Reform des preussischen Landtagswahlrechts erkennen, der von der nationalliberalen Fraktion des Landtags ausgestellt worden ist. Dieser Antrag rührt nicht im mindesten an dem Dreiklassenystem, er behält die Rechtfertigung der dritten Wahlklasse bei; nur soll statt der bisherigen Drittelung der Steuersumme eine Teilung in  $\frac{1}{12}$ ,  $\frac{1}{12}$  und  $\frac{1}{12}$  erfolgen, so daß also kleinere

Steuerzahler in die beiden oberen Wahlklassen aufrücken würden. Ferner sollen die Wahlkreise neu abgegrenzt und die gemeindeweise Einteilung der Abteilungen wieder eingeführt werden. Wenn man bei den nächsten Reichstagswahlen nationalliberale Kandidaten fragen wird, wie es denn komme, daß ihre Partei im Reiche auf das allgemeine gleiche Wahlrecht schwört, im preussischen Staate aber für Fünfwahlstel-, Dreiwahlstel- und Dreiwahlstelrecht schwärme, so wird man daraufhin sicherlich die Antwort erhalten, die Nationalliberalen seien eben „Realpolitiker“, sie erstreben nur das Erreichbare an. Und wenn man an die Kandidaten des Zentrums dieselbe Frage stellen wird, so wird man dieselbe Antwort bekommen. Die Freisinnigen werden sagen, der Kampf um das allgemeine Landtagswahlrecht sei derzeit vollkommen aussichtslos, eine „realpolitische“ Partei strebe aber nur das Erreichbare an usw. Sämtliche Parteien Preußens mit Ausnahme der konservativen, behaupten, im Prinzip entweder für das gleiche Landtagswahlrecht oder doch für dessen energische demokratische Umgestaltung zu sein. Und nun denke man, daß ein solcher Reformplan vom Zentrum, den Nationalliberalen, der Freisinnigen, den Sozialdemokraten energisch verfolgt würde, glaubt irgend ein „Realpolitiker“ wirklich, daß sich Oberhaus und Regierung solchen Wünschen der ungeheuren Volksmehrheit auf die Dauer verschließen könnten? Ist aber das gleiche und geheime Wahlrecht zur Zeit nicht erreichbar in Preußen, so ist es auch der nationalliberale Fünfwahlstelplan nicht. Dann die konservativen werden sich dafür bedanken, den Nationalliberalen die Beute dieser epochalen Reform zu überlassen. Der Fünfwahlstelplan entpuppt sich folglich als das wirkliche nationalliberale Wahlrechtsideal. Es ist wirklich eine Schande für das deutsche Volk, daß es nicht schon längst den letzten dieser realpolitischen Schwankelbände aus dem Reichstag hinausgeworfen hat!

**Die deutsch-russischen Handelsverhandlungen.** Ueber den Stand des deutsch-russischen Handelsvertrages erzählt die „Nationalist. Kor.“: Es ist im wesentlichen eine Einigung bereits wegen der Höhe der Getreidezölle erzielt. Was von russischer Seite nach wie vor zu erreichen versucht wird, ist eine Erleichterung der Bedingungen, nach denen russisches Vieh nach Deutschland eingeführt werden kann. Das Maß der Konzessionen, die in dieser Beziehung deutschseits gemacht werden können, wird abhängen von der Güte der Bürgschaften, die Rußland dafür zu geben imstande ist, daß die Möglichkeit der Einschleppung von Krankheiten tunlichst herabgemindert wird.

**Die Vertagung der China-Wahrheit.** Noch immer liegt die bürgerliche Presse bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, daß der „sozialdemokratische Hunnenbrief-Schwindel“ erwiesen sei. Dabei ist in keinem einzigen Fall bisher nachgewiesen, daß jene Briefe gefälscht gewesen seien, ja auch nicht einmal, daß eine in ihnen mitgeteilte Tatsache falsch oder übertrieben sei. In Berliner Prozessen hat man zwar drei „Vorwärts“-Redakteure schwer verurteilt, aber in dem entscheidenden Falle den Wahrheitsbeweis verhindert. Man scheint aber überhaupt keine Eile zu haben, daß die Wahrheit über China erkannt werde. Wir berichteten kürzlich, daß in Essen es zu solcher gerichtlichen Klarstellung kommen werde. Nun wird dem „Vorwärts“ von dort geschrieben: Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist plötzlich die in dem bekannt gewordenen Verfahren gegen einen ehemaligen China-Krieger wegen angeblicher Beleidigung auf den 23. März angelegte Verhandlung vor der Strafkammer in Essen aufgegeben worden ohne Angabe eines neuen Verhandlungstermins. Von dem Angeklagten waren eingehende Beweismittel angebracht, wozu zwölf Zeugen, alles ehemalige China-Krieger, geladen werden sollten. Der Strafverfolgung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In einer allgemeinen Arbeiterversammlung in Essen im Januar dieses Jahres erhob der Arbeiter, Lic. Mumm, gegen die Sozialdemokratie die üblichen Anklagen: Haß gegen christliche Grundsätze, Bekämpfung der Religion als Parteisache u. Durch diese Kritik provoziert, nahm der Schreiber Fiedler das Wort und führte aus, daß das Christentum gar nicht schlimmer bekämpft und verleugnet werden könne, wie das oft seitens derer geschehe, die sich als Träger des Christentums aufspielen. Fiedler, der als Ausleiter die Expedition nach China mitgemacht hatte, wies den Diener Gottes dann hin auf die Art und Weise, wie im Namen des Christentums in China „Kultur“ verbreitet worden ist. Nun nahm ein nationalliberaler Redner das Wort, der sich über den „Vorwärts“ und andere sozialistische Blätter empörte wegen der Veröffentlichung von Hunnenbriefen. Dieser Herr forderte Fiedler auf, einmal zu erklären, ob er vielleicht Hunnenbriefe für echt halte, oder ob er zugebe, sie seien erfunden. Fiedler gab dem Reuigeren die Antwort, er wisse aus eigener Kenntnis, daß in China nicht nur gemeine Soldaten, sondern auch Offiziere sich an Raub und Mord beteiligt hätten. Redner machte sodann eingehende Angaben über grobe

Mißhandlung von Rußis, Erschießung eines Chinesen und Aneignung fremder Wertgegenstände. Durch diese Ausführungen sollen der Oberleutnant Mansfeld und der Leutnant von Brünninghausen beleidigt worden sein. Man darf gespannt darauf sein, was aus dem Verfahren wird, das jetzt ohne ersichtlichen Grund auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist.

**Der Roman „Erstklassige Menschen“** vom Grafen Wolff Baubissin (Freiherr v. Schlicht) ist in Berlin in einigen Buchhandlungen bei C. L. Hagmann zu finden. Man scheint gegen den Verfasser strafgerichtlich einschreiten zu wollen, nachdem viele Tausende von Exemplaren ins Publikum gedrungen sind. Sollte es dazu kommen, so wird der Angeklagte den Wahrheitsbeweis zu führen suchen. Die liberale Presse fürchtet daher ein fünftes, sechstes, siebentes — wieviel sind denn schon? — Forbach und bebauert den Schritt des Kriegsministers, der den Sozialdemokraten Wasser auf ihre Mühlen leitet.

**Sinter Gefängnismauern.** Aus dem schneefreien Untergrund der kapitalistischen Gesellschaft werden der Öffentlichkeit wieder einige Momentbilder vorgeführt. Die „Zeit am Montag“ hatte neulich die Fälle Sklaroff und Große publiziert, in denen die Gefängnisverwaltung über geistig zweifelhafte anormale Häftlinge wochenlange Arreststrafen und Kostentzählung verhängt hatte. Sklaroff ist inzwischen in die Irrenanstalt Eberkwalde überführt worden, Große ist sogar vom Gefängnisarzt als „geistig nicht gesund“ bezeichnet worden und leidet, wie aus den Briefen an seine Angehörigen hervorgeht, an fortgeschrittener Verblödung. Der „Vorm.“ ist nun in der Lage, einen weiteren Fall von Gefängnisbarbarei zu veröffentlichen und aufmerksam zu beleuchten. In der Strafanstalt Brandenburg mußte ein Mehlhändler Höhne zwei Jahre Zuchthaus wegen Hehlerei verbüßen. Seine Frau schrieb herzzerreißende Briefe an die Anstaltsdirektion, weil sie monatelang keine Nachricht von ihrem Mann bekam. Der Direktor ließ sich Höhne vorführen, erlaubte ihm jedoch nicht, an seine Frau zu schreiben, weil er „zu faul“ sei und sich noch kein Geld zur Frankierung des Briefes verdient habe. Höhne machte wiederholt geltend, daß er nicht schreiben könne, da seine Hände fortwährend zittern, und bat, durch einen Mitgefangenen schreiben lassen zu dürfen. Nach wiederholten Vorführungen, bei denen immer wieder die angebliche „Faulheit“ des Gefangenen als Grund zur Verweigerung der Schreiberelaubnis geltend gemacht wurde, stellte endlich der Anstaltsarzt fest, daß Höhne derartig mit der rechten Hand zittere, daß es ihm unmöglich sei, zu schreiben. Jetzt endlich, nach beinahe dreiwerteljährigem Hin und Her, erhält Höhne die Erlaubnis, mittels eines Schreibers nach Hause zu schreiben. Der Unglückliche, dessen Hände so stark zitterten, daß er nicht zu schreiben vermochte, war zuerst als Stricker, dann als Rohrflötenmacher beschäftigt. Natürlich erreichte er nie sein Pensum, war also nach Anstaltsbegegnung „faul“ und verdiente kein Geld zum Schreiben, wurde vielmehr allmonatlich mit Kostverlust und Arrest bestraft. Es ist nur Zufall, wenn in die Gruel der Strafanstalten einmal das Licht der Deffektivität dringt. Meist umgeben sich die Anstalten mit undurchdringlichem Dunkel, und kein Verzweiflungsschrei der Opfer der kapitalistischen Strafrechtspflege durch die dicken Gefängnismauern. Die Gefangenen, die die Anstalt verlassen, sind meist gebrochene Leute, sie sind froh, daß sie die Qual überstanden haben, und es fällt ihnen nicht ein, ihre Peiniger nachher zur Verantwortung zu ziehen. Aber im eleganten Reiseanzug, begehrt eine Havana-Zigarre schmauchend, fuhr der Kriegerhädel Arenberg, verfiel sich erster Klasse, nach Ahweiler in die Irrenanstalt, um dort dem Tag seiner Genesung entgegenzuharren. Ja, wenn man Prinz ist...

**Das Ende der Piraterie.** Wie die „Volksztg.“ mitteilt, haben sämtliche Offiziere der Feldartillerie-Regimenter Nr. 28 und 64, die vom Kriegsgericht der dritten Division Nr. 32 wegen Wehrverstoßes zu Festungshaft von vier Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt wurden, die Leutnants Bog (Buzgen), Gerlach, Korn und Sulzberger und Oberleutnant Krohn, sich dem Urteilspruch unterworfen, ebenso hat der Gerichtsherr auf Einlegung des Rechtsmittels verzichtet. Die verurteilten Offiziere werden die ihnen auferlegten Festungshaftstrafen schon in nächster Zeit auf der Festung Königstein antreten. Oberleutnant Krohn's Begnadigung wird sicherem Vernehmen nach schon in einigen Wochen von König Georg vollzogen werden.

**Enttäuschte Monarchisten.** Im Verlauf des Krieges der Kölner Ärzte gegen die Ortskrankenkasse hatte bekanntlich eine Versammlung der Krankenkassenmitglieder gegen den Widerspruch einer Anzahl Sozialdemokraten beschlossen, den Schuß des Kaisers gegen die Eingriffe des Regierungspräsidenten in die Selbstverwaltungsrechte der Krankenkasse anzurufen. Wie vorauszusehen war, hat sich die Hoffnung der monarchisch gestimmten Krankenkassenmitglieder, daß der Kaiser den Regierungspräsidenten anweisen würde, die Rechte der Krankenverwaltung zu respektieren, nicht erfüllt. Vielmehr ist ihnen jetzt in einem

Schreiben des Regierungspräsidenten folgende Abfertigung zuteil geworden: „Das am 6. Februar an Sr. Majestät den Kaiser im Namen des Verbandes gerichtete Telegramm ist auf allerhöchsten Befehl an den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz und von diesem an mich zur Verfügung abgegeben worden. Nach erfolgter Prüfung erlaube ich dem Vorstande, daß für mich keine Verantwortung vorliegt, meine dem Vorstande bekannten Verfügungen vom 31. Januar ds. Jrs. aufzuheben oder abzuändern. Ich gebe anheim, die Beteiligten hiervon in Kenntnis zu setzen.“ — Das eine Gute wird dieser Reifall der um den kaiserlichen Schutz stehenden Kassenmitglieder immerhin haben, daß ihr Vorgehen anderwärts nicht leicht Nachahmung findet.

**Sieg des Distriktsarztsystems in Leipzig.** Die Kreisbahnhauptmannschaft erklärt in einer Verordnung, die Einführung des Distriktsarztsystems sei eine endgültige, da die Verträge nicht rückgängig gemacht werden könnten. Damit ist der Kampf zu Gunsten der Masse entschieden. Die Erregung unter den Ärzten ist natürlich groß.

**Die Wahrheit über den Herero-Aufstand.** Was in der bürgerlichen Presse augenblicklich alles über den Herero-Aufstand zusammengeklappt wird, läßt sich auf keine Rahmentheorie schreiben. Die Wahrheit wird konsequent tot zu schweigen versucht. So hat, um nur ein geradezu typisches Beispiel aus allernächster Nähe anzuführen, die „Eisenbahn-Zeitung“ dieser Tage den Brief eines jungen, anscheinend recht phantasiebegabten Schweriners, der seit drei Jahren bei der Schutztruppe steht, wiedergegeben, in dem von allerlei Schandthaten der Hereros die Rede war. Es sollten die aufständischen Schwarzen Frauen geviertelt, ja sogar regelrecht ausgeglachtet und ihr Gedärm auf die Zweige gehängt haben. U. a. erzählte der Schweriner Jüngling in dem an seine Mutter gerichteten Briefe auch, daß einer Frau Lunge, die sich nimmere in der Feste Otahandja befände, ihr Mann erschossen, die Frau selbst halbtot geschlagen und vor ihren Augen ihr 4 Jahre altes Kind zwischen der Tür totgetreten worden sei. Aus den sehr zuverlässigen Berichten der evangelischen Missionare wissen wir jedoch, daß das gerade Gegenteil der Fall ist; die Hereros haben sich der Frauen und Kinder ganz besonders angenommen, ihnen jeglichen Schutz angedeihen lassen, und sie möglichst aus der Nähe des Kampfplatzes zu entfernen versucht. Insbesondere ist der Fall der Frau Unge typisch für die Wandbeweisen der deutschen Revancheträger. Unsere aufmerksamen Leser wissen aus den gestern wiedergegebenen Berichten der Missionare, daß gerade Frau Unge und ihr Kind nebst ihrer Schwester von den Hereros nicht allein nicht nur geschont, sondern auch in liebevoller Weise in Sicherheit gebracht wurden. Wenn man deshalb sieht, wie die „Eisenbahn-Zeitung“ und ähnliches Geschicht alle diese sorgfältigen Granamkeiten der Hereros nach Kräften breittreibt, dagegen die Berichte der Missionare systematisch den Lesern vorenthält — die „Eisenbahn-Zeitung“ hat bis heute von dem „Reichsboten“ Artikel nach keine Notiz genommen — so muß man mit Naturnotwendigkeit zu der Ansicht gelangen, daß man das deutsche Volk systematisch in einen Revancheräusch hineinschleichen will. Die Wahrheit soll und muß erlitten werden. Aber nur gemacht: die Wahrheit läßt sich nicht erlösen und um so schlimmer wird deshalb dann das Erwachen der Leute von „Bildung und Besiß“ sein. Vernt, ihr seid gewarnt!

**Ein allgemeiner Aufstand der Eingeborenen in Südwestafrika** wird aus englischer Quelle angekündigt. Die Londoner „St. James-Gazette“ will erfahren haben, daß die Lage in Deutsch-Südwestafrika außerordentlich kritisch ist. Nach angeblich zuverlässigen, in London eingetragenen Nachrichten soll eine neue Empörung der Potentaten im Süden bevorstehen, und falls die Bundesmacht sich den Hereros anschließen, habe man eine allgemeine Empörung für nahe bevorstehend. — Das kann nach den Berichten der Missionare über die „Kulturarbeit“ gewisser europäischer Elemente nicht Wunder nehmen. Natürlich wird man jetzt, statt in Verhandlungen mit den Hereros einzutreten, erst recht nach Waage schreien. Die „Deutsche Tageszeitung“ verleiht eine Verpöndung der Schutztruppe um 2000 Mann auf Jahre hinaus, während die „Tägliche Rundschau“ sofort weitere 3000 Mann bereitstellen und 2000 Mann auf vorzugsweisen Gebiet landen lassen will, die von Missionaren aus im Gebiet von portugiesischen Offizieren in den Händen des deutschen Schutzgebets eingezogen hätten. Das kann also noch recht weit gehen.

**Der Aufstand am Großflusse (Romeca) breitet sich** nach einer amtlichen Meldung des Gouverneurs von Patagonien rasch auch auf anglicanisches Gebiet aus. Die englische Kolonisation wurde am 10. März angegriffen. Herr v. Patagonien meint zwar, „Dampf-Müller“ sei der 2. Kommandant beiderseitigen von Gochs als „S.“, aber es steht abgemacht, ob das auch wirklich so ist. Nebenbei wird aus englischer Quelle eine Hispanienricht gemeldet. Danach soll nach den letzten, aus Spanien eingewanderten Nachrichten eine deutsche Garnison von 40 Mann unter einem weißen Offizier vertrieben worden sein. Eine gegen Belgrader ostwärts gerichtete, einen Posten, der sich gewissermaßen eine gewisse Strecke zu ziehen, und eine „freie“ Poststadt gegründet hatte, wurde von den Eingeborenen rasch und andernorts. Bekannt mit den eroberten Gewehren, markierten 1000 Eingeborene gegen die Stadt Rio. Die von ihnen gebildet hatten, wählten sie ihre besten Krieger auszuheben hatten, die jedoch in Brand und glanzlos auf Camoc nach Al-Gelata, und damit auf anglicanisches Gebiet. Das anstehende Amt in Berlin würde gut tun, wenn es sich so bald als möglich über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der englischen Kolonisation ausgesprochen hätte.

**Neue politische Nachrichten.** Für die Reichstagswahl wird zwischen dem Böhmen und dem Rheinprovinzialen im Wahlkreise Lüneburg-Winsen haben unsere Parteigenossen Wahlenthaltung beschlossen. — Eine Dampferangelegenheit ist, wie der „Reichsbote“ in der Subkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erklärt, 8220 Beamten bewilligt worden. 322 Beamten haben sie nicht erhalten, was wegen „mangelhafter Dienstleistung“, teils wegen „mangelhafter Dienstleistung“, teils wegen „mangelhafter Dienstleistung“. Wo nicht einmal jeder Beamte in „mangelhafter“ Dienstleistung! — Zwischen dem Verzeihen und Krankefassen in Braunschweig ist eine Einigung auf der Grund-

lage der freien Wetzemahl erfolgt. — Wegen Beleidigung des antirevolutionären Reichstagsabgeordneten Krösel wurde der Redakteur der „Kreuzzeitung“, der Landtagsabgeordnete Propatschek, zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt; die „Kreuzzeitg.“ hatte Krösel schamlose, heizerische Agitation vorgeworfen. — Die Behörden in Stockholm leiteten gegen die Zeitung „Dagens Nyheter“ wegen eines Artikels „Die Gefühle des Volkes“ eine Untersuchung ein. Der Artikel enthielt angeblich Beleidigungen des russischen Kaisers und mehrerer hochgestellter russischer Persönlichkeiten. Die betreffende Nummer war auf Seidenpapier gedruckt, um sie besser in Finnland einschmuggeln zu können. — Wegen Verbreitung revolutionärer Proklamationen in Dorpat wurden bei sämtlichen Universitätslehrern Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere Hundert Studenten wurden verhaftet. — In der Spionage-Affäre Martin wird aus Paris gemeldet: Der wegen Spionage verhaftete Schreiber Martin vom Marineministerium wird nach Cherbourg gebracht, wo er demnächst vor ein Marinekriegsgericht gestellt werden wird. — Ueber ein verjüngtes Bombenattentat wird Pariser Blättern aus Albi berichtet: Montag wurde vor der Wohnung des früheren Bürgermeisters eine Bombe gefunden. Dieselbe explodierte bei der Untersuchung; drei Personen wurden schwer verletzt.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Der Bilecker Todesmarsch und seine Sühne.** Wegen der im vorigen Jahre auf einem Wandermarsch bei Bielefeld vorgekommenen zahlreichen Unglücksfälle wurde Mittwoch das Urteil gegen die schuldigen Personen gefällt. Oberst v. Grünzweig wurde zu fünf, Oberst v. Trödel zu zwei Monaten strengen Arrest wegen Außerachtlassung von Dienstvorschriften verurteilt, begangen durch Hintanhaltung der den Vorgesetzten obliegenden Sorge für die Erhaltung und Schonung der ihnen untergebenen Mannschaft. Gegen den Major Jaski wurde das Verfahren eingestellt; er soll auf dem Disziplinarwege bestraft werden. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. — Daß die Sühne ausreichend ist, wird wohl niemand behaupten wollen.

#### Italien.

**Eine Verurteilung des „Avanti“!** Der verantwortliche Redakteur unseres römischen Parteiorgans, des „Avanti“, Salustri, ist urlängst wegen Verleumdung, begangen durch die Presse, zu 10 Monaten Gefängnis und 800 Lire Buße verurteilt worden. Der Verurteilung lag der folgende Fall zu Grunde. Im Juni vorigen Jahres erhielt der „Avanti“ ein Telegramm aus Cagliari (Sardinien), mit der Nachricht vom Selbstmord eines jungen Dienstmädchens, dessen Ursachen der Korrespondent darauf zurückführte, daß das Mädchen von ihrem Dienstherrn geschwängert und dann entlassen worden sei. Das Telegramm, das den Namen des Dienstherrn enthielt, wurde vorsichtshalber nicht veröffentlicht. In der Folge beschwerte sich der Korrespondent über die unterbliebene Veröffentlichung und fügte hinzu, daß man sie als einen Akt der Parteilichkeit ansah, da der angeklagte Dienstherr Anarchist sei. Man brachte der „Avanti“ die Notiz, brachte aber auch, drei Tage später, den Widerruf, nachdem die Odduktion der Selbstmörderin ergeben hatte, daß das Mädchen geschlechtlich unberührt geblieben war. Trotzdem lagte der Dienstherr, nachdem er vergeblich den „Avanti“ aufgefordert hatte, den Namen seines Korrespondenten aus Cagliari preiszugeben. Das Gericht erkannte im Hinblick auf die Rückfälligkeit des Angeklagten auf eine das Minimum um 40 Tage übersteigende Strafe.

#### Frankreich.

**Laise Michel ist Dienstag in London gestorben.** Der Name Laise Michel, der „roten Jungfrau“, wie die Pariser Blätter sie nannten, ist auch außerhalb Frankreichs bekannt. In der anglicanischen Pflanzstadt der Spiezbürger erlöchte sie als das Liebste der russisch-russischen, bluttriefenden Petrolenke. Die Schläger der Pariser Kommune, die in der Ratwoche 1871 das schrecklichste Gemetzel angerichtet hatten, das die Geschichte kennt, blickten zur Beschönigung ihrer wahren Strafen ihren Opfern alle möglichen Schandthaten an und so erstand man die Petrolenken und gab ihnen Laise Michel zur Asphyxie. In Wahrheit war Laise Michel stets eine leidenschaftliche Vertreterin der Laterbrüder und der Glenden, mit einem Herzen voll Güte und Erbarmen, eine hitzige Kämpferin, deren einziger Fehler darin lag, daß bei ihr das Gefühl das klare, scharfe Denken überlagerte. Der Stifter des Christentums hätte in Laise Michel mehr Geist von seinem Götze gefunden, als in Millionen seiner Bekenner. Nur hatte sie nichts von Gamm an sich, und die Leute, zu den erholten noch weitere Badenstreich zu erbiten, konnten ihr nie gefallen. Sie liebte die Unterdrückten und Geschundenen und deshalb haßte sie die Laterbrüder und Schänder. Sie haßte sie, aber in dem Kampfe zwischen der Pariser Kommune und ihren Gegnern in Versailles hat sie als aufopfernde Krankenschwester in den Gefängnissen ihre Sorgfalt ebenso gewidmet wie den Kommunebrüdern. Für ihre alte Mutter, die in den Achtzigerjahren gestorben ist, hat Laise Michel mit jener liebevollen Mühe gesorgt, die man als eine Eigenheit des echten Christentums rühmt. Als sie noch Chieria war, wurde sie von den Klauen angegriffen, und wie sie selbst die Kinder liebte, zeigte sie auch noch in der Strafkolonie Au-Cat-Souira, wohin sie nach der Niederwerfung der Pariser Kommune deportiert worden war und wo sie eine Schule für die kleinen Eingeborenen einrichtete. Nach ihrer Amnestie machte Laise Michel noch oft mit dem Gefängnis Bekanntschaft. In die moderne Arbeiterbewegung veranlaßte sie sich einzufügen, sie suchte ihren Platz bei den Schwachen, die dem sozialistischen Ideal ein eigenes Leben über zu dienen glauben. Ein Herz voll Güte und Menschlichkeit schloß nicht mehr. Laise Michel hat ein Alter von 70 Jahren erreicht. In den letzten Jahren lebte sie abwechselnd in Paris und London.

**Der neue Drehschiff-Projekt.** Die Strafkammer des Kassationshofes hat Dienstag in der Rechtsangelegenheit des Projektes Drehschiff als erstes Zeugnis des General Gonze über die von Oberst Henry gefälligten Rechnungen vernommen, durch welche die an den jüngeren spanischen Militärattaché Sucasas bezahlten Beträge verbucht werden sollten. Das Reichs-kassationshof, wie aus Paris berichtet wird, von 1 bis 6 1/2 Uhr. Gonze erklärte u. a., daß er eine richtige Rechnungslegung für die aus dem geheimen Fonds bezogenen Beträge nicht aufstellen konnte. Aufgehoben werden an ihn

Fragen über verschiedene als gefälscht angesehene Schriftstücke gerichtet.

**Kein Strafporto.** Die „Buchdruckwoche“ bringt folgendes: Die französische Postverwaltung beabsichtigt, das ominöse Strafporto für unzureichend frankierte Briefe fallen zu lassen und nur den wirklichen Fehlbetrag von dem Empfänger zu erheben. — Nachahmungsrecht für Deutschland!

#### Belgien.

**Der Kampf um das Allgemeine, gleiche Wahlrecht** wird von unseren Genossen aufs Neue angegriffen worden. Sie beschloßen einen Antrag auf Abänderung der Paragraphen 47 und 53 der Verfassung zu stellen, die beide vom Wahlrecht handeln. Die Diskussion soll noch vor den jetzigen Wahlen stattfinden. Die Wahlrechtsvorlage, die man in der Kammer einzubringen gedenkt, wird von drei Sozialdemokraten und drei Linksliberalen unterzeichnet sein.

**Das Bombenattentat in Lüttich.** Die Urheber des anarchistischen Attentats sind nunmehr festgenommen worden und haben bereits ein Geständnis abgelegt. Es sind zwei französische Anarchisten mit Namen Lambert, genannt Beaumanois, 1883 in St. St. Gilles-les-Melmes-Marne geboren, und P. R. Gubelin, gebürtig aus Paris, geboren 1881. Lambert hat schon in Frankreich verschiedene Verurteilungen wegen Beschädigung öffentlicher Denkmäler erlitten. Er war auch an dem im vorigen Jahre verübten Bombenanschlag in Belleville beteiligt. In derselben Angelegenheit hat die Verhaftung eines gewissen Modeste Boutet aus Genèpe-les-Bois stattgefunden. Boutet hat den beiden Anarchisten Unterschlupf gewährt. Bei ihm wurden auch die Bomben angefertigt. Nach den Angaben der beiden waren sie nach Lüttich gekommen, um Arbeit zu suchen. Das Attentat wollten sie begangen haben, um Rache für die Ausweisung von Anarchisten aus Belgien zu nehmen.

#### Südbel und Stamburgebiete.

Donnerstag, den 24. März 1904

Für die „bessere“ Bevölkerung Südbel und die reichen Leute Hamburgs soll zwischen Travemünde und Sneyersdorf eine neue Villenkolonie gegründet werden. Hiergegen könnte nichts eingewendet werden, wenn nicht unser kleiner Staatsrädel mit dem großen Loch wieder herhalten müßte. „Lumpige“ 18000 Mark haben Südbel Steuerzahler für eine Privatgründung zu opfern. Denn nur um eine solche handelt es sich hier. Eine Reihe Gelbste — unter ihnen auch zwei Südbel Senatoren — haben ein Konjunktium unter dem Namen Terringgesellschaft Neu-Travemünde“ gegründet; sie wollen eine 14 ha 81 ar 41 qm große Fläche Landes kaufen und hier Kolonialpolitik treiben; glücklicherweise nicht im Sinne der Leist, Wehlauf, Brins Arenberg und sonstiger Kolonialbesten. Etwa 70 Villen sollen dort errichtet werden. Zweifellos glaubt das Konjunktium, bei dem späteren Verkauf dieser Villen recht gute Geschäfte machen zu können, denn sonst hätte es sich wohl nicht zur Verwirklichung dieses immerhin mit einem Risiko verknüpften Projektes verstehen können. — Zur Durchführung desselben sollen also 18000 Mk. aus Staatsmitteln hergegeben werden, wenigstens muß man das nach der anlässlich der Beratung dieses Projektes in der Bürgerschaft geflogenen Debatte annehmen. In dem Senatsantrag, resp. seiner Begründung haben wir diese von Herrn Dr. Görtz genannte Summe nicht gefunden. Es wird dort lediglich nur von einer staatsseitigen Durchführung der Parzellierung, sowie der Anlage von Straßenwegen, der Schaffung genügender Entwässerung und der Herstellung von Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen gesprochen. Daß die Ausführung dieser Arbeiten nur 18000 Mk. erfordern sollte, bezweifeln wir. Es muß sich also bei dieser Summe um eine andere Ausgabe handeln! Was sind das für 18000 Mk.? Vielleicht erhalten wir auf diese Anfrage schon deswegen eine Antwort, weil es doch so wohl im Interesse unseres Staatswesens, als auch der ganzen Sache liegt, wenn die Bevölkerung über die Veranschlagung solcher Summen genaue Aufschluß erhält. Vielleicht sieht man sich jetzt veranlaßt, uns den in der Begründung der Senatsvorlage angeführten Bericht des Finanzdepartements — Drucksache 1904 Nr. 7 —, den wir bis heute noch nicht erhalten haben, zuzustellen. Erst dann können wir ermitteln, ob es zweckmäßig war, hier Staatsmittel zu Privatzielen zu verwenden.

Nun noch ein paar Worte über die Debatte selbst. Nachdem am Montag die Wahlrechtsdebatte beendet war, glaubte man allgemein, daß nach Erledigung einiger unbedeutender Senatsanträge Berührung eintreten würde. Doch die Bürgerschaft denkt und Senatus lenkt! Auf seinen speziellen Wunsch wurde der Letzte, die Anlage der oben erwähnten Villenkolonie betreffende Punkt noch vorgenommen, jedoch infolge eingetretener Beschäftigungslosigkeit nicht erledigt. Senatus wünschte, daß gerade bei diesem Punkte mit Hochdruck gearbeitet werden sollte. Am Freitag voriger Woche wurde den Bürgerschaftsmitgliedern die Vorlage aufgestellt, und am darauffolgenden Montag sollten sie bereits darüber entscheiden. Mit Recht kritisierten verschiedene Redner dieses leider nicht vereinzelte dastehende Vorgehen des Senats, der sich darauf berief, daß die Sache bis zum 1. April erledigt sein müsse. Deshalb stellte Herr Coleman am Montag auch der Antrag auf Kommissionsberatung; derselbe wäre auch angenommen worden, wenn nicht dem Senat in der Person des Herrn Präses Fehling ein Ratler in der Not erstanden wäre, der mit Erfolg die Beschlußfähigkeit bezweifelte. Am Dienstag fuhr dann die Senatoren, die noch am Montag gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden hatten, ihr schwerstes Geschütz auf. Einige freiwillige Senatskommissare aus der Mitte des Hauses unterstützten sie hierbei. Was nützen da noch die trefflichen, auf die Notwendigkeit einer Kommissionsberatung hindeutenden Worte des Herrn Dr. Ziehl! Was nützte es, daß sowohl Herr Coleman, als auch Herr Bape diesen Redner nach besten Kräften unterstützten! Der Senatsantrag fand mit großer Mehrheit Annahme. — In der Debatte kam es noch zu einigen berechtigten scharfen Redewendungen, sowie zu verschiedenen Zusammenstößen. Herr Dr. Wichmann war am Montag, wie er selbst Dienstag anerkannter Weise zugehend, einem solchen Zusammenstoß zum Opfer gefallen, als er Herrn Meinde, dem Bürgermeister von Travemünde, riet, seinem Posten Ballet zu sagen. Herr Bape sagte den an der Sache beteiligten Senatoren einige für diese sicherlich recht unangenehme Wahrheiten, die zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen ihm und dem Vorsitzenden, der

unseres Erachtens seit Uebnahme dieses Postens sehr zu seinen Ungunsten „gemauert“ hat, führte. Alles in allem: Auch die Beratung dieses Punktes war reich an interessanten Momenten. — Die „bessere“ Bevölkerung Lübecks und die reichen Leute Hamburgs bekommen also jetzt ihre schöne Willenkolonie! Mag das Lübecker und Hamburger Proletariat nach wie vor in engen, dumpfigen Gassen und Gangvorbauten hausen! Das geniert jene Herren weiter nicht!

Die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse finden für die Arbeitnehmer am Freitag, den 25. März, Abends halb neun Uhr, im Bürgerverein, Königstraße 25, statt. Wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied der Ortskrankenkasse, sofern es im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Wir weisen hiermit auf diese Wahlversammlung hin mit dem Bemerkten, daß das Mitgliedsbuch mitzubringen ist.

Die Tagesordnung der am Montag abermals zusammentretenden Bürgerversammlung ist folgende: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Staatsbudget und Budget der städtischen Gemeindeanstalten für das Jahr 1904.

**Heilbehandlung für Lungentranke.** Am 1. Februar 1904 waren auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte zum Teil mit Zuschuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungentranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 201 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 127 Versicherte, zusammen 331 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 97 Versicherte, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 234 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 25, Bremen 52, Hamburg 157. Außerdem mußten im Laufe des Monats 113 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Holz- und Tiefbau, vorm. Geh. Hofmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Die Bahnsteigperron wird ab 20. April auch auf der Strecke Lübeck—Gutin eingeführt.

Die Kriegsverordnungen sind seitens der Mannschaften des Beurlaubtenstandes bis zum kommenden Sonntag von 9—8 Uhr in den bereits bekanntgegebenen Wachen in Empfang zu nehmen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Farben- und Drogenhändlers W. G. Kröger ist nach erfolgter Schlussverteilung aufgehoben worden.

**Handelsregister.** Am 23. März 1904 ist bei der Aktiengesellschaft in Firma Lübecker Maschinenbaugesellschaft in Lübeck eingetragen: K. A. G. Mette in Lübeck ist zum Mitgliede des Vorstandes bestellt; seine Procura ist erloschen. — Am 23. März 1904 ist bei der Firma Ludw. Schund in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Zimmermann aus dt. Wilmsdorf, der seitens der königlichen Amtsanwaltschaft in Heststedt wegen Sachbeschädigung stechbriefflich verfolgt wird. — In der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. wurde aus dem Garten des hiesigen Rettungshauses ein Korb mit lebenden Bienen gestohlen.

**Zirkus Variete.** Für den Palmsonntag hat der Besitzer dieses so beliebten Variete-Stabliments, Herr Fritz Richter, den weltbekannten Prestidigitateur Georg Hartmann für ein Gastspiel unter großen finanziellen Opfern gewonnen. Herr Hartmann gibt zwei Seancen an diesem Tag und zwar nachmittags mit einem extra für die Jugend arrangierten Programm, wohingegen die Abendvorstellung ein überaus reichhaltiges und glänzendes Programm der modernen Magie mit den neuesten Errungenschaften dieses mysteriösen Gebiets bringen wird.

**Lehrlingwesen und Arbeitslosigkeit in der Metallbranche.** Man schreibt uns: Um die Gründe der Arbeitslosigkeit der hiesigen Metallarbeiter näher kennen zu lernen, wurde eine statistische Ermittlung seitens der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über Lehrlingwesen in der Metall-Industrie eingeleitet. Diese Ermittlung erstreckt sich auf 10 Fabriken, 11 Schlossermeister und 24 Klempnermeister. In den Fabriken werden 236 Lehrlinge, bei den Schlossermeistern 56 und bei den Klempnermeistern 15 Lehrlinge beschäftigt. Was die Entschädigung für Kost und Logis seitens der Arbeitgeber anbetrifft, so fördert diese Ermittlung erbärmliche Zustände aus Tageslicht; während in früheren Jahren die Meister für Kost und Logis sorgen mußten, zahlen einige hiesige Fabriken Entschädigungen, die geradezu typisch für die heutigen Verhältnisse sind. So zahlt die Firma Schärffe an den Lehrling z. B. pro Woche 2 Mark im ersten Lehrjahr und 3 Mark im zweiten Jahre, steigend bis 5 Mark im vierten Jahre. Von dieser Entschädigung werden 25 Prozent in Abzug gebracht, die nach beendeter Lehrzeit auszubezahlt werden. Die Firma beschäftigte 33 Lehrlinge bei 11 Schlossern und 2 Drehern. Die Firma Gwers u. Wiesner zahlt an Entschädigung 3 Mark, steigend im derselben Weise bis 6 Mark; beschäftigt waren 40 Lehrlinge bei 6 Formern, 8 Schlossern und 6 Drehern. In den Blechfabrikanten-Fabriken ist die Zahl der Lehrlinge zwar nicht so hoch, bezüglich der Entschädigung aber treten dieselben Zustände zu Tage. Die Zahl der Lehrlinge beträgt dort 20, die Zahl der beschäftigten Schlosser und Dreher 39. Die Entschädigung der Lehrlinge beläuft sich nach den Ermittlungen auf 1,80—3,90 Mark in der einen, und 1,80—6 Mark in der andern Fabrik. Die Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft beschäftigte 46 Lehrlinge bei 23 Schlossern, 13 Drehern und 9 Formern. Die Entschädigung ist ebenfalls pro Woche 3 Mark im ersten Jahre, steigend bis 6,60 Mark im vierten Jahre. Die Schiffswerft von Koch beschäftigte 33 Lehrlinge bei 161 Schlossern, Drehern und Kesselschmiedern. Die Entschädigung beträgt 3,60 Mk. pro Woche im ersten, steigend bis 7,20 Mk. im vierten Jahre. Das Lehrlingsverhältnis in den übrigen Fabriken gestaltet sich ebenso; eine Ausnahme macht jedoch die Entschädigungsfrage. So zahlt die Firma Schetelig u. Böck 3,60 Mk., steigend bis 9 Mk., die Firma Beth 4 bis 10 Mk. In zwei Selbstgehörens ist die niedrigste Entschädigung 2,93 Mk., die höchste 7,50 Mk. pro Woche. Die Entschädigung der Schlossermeister an die Lehrlinge beträgt durchschnittlich 1,50 Mk. im ersten Lehrjahre, steigend bis 4,50 Mk. im vierten Jahre pro Woche. Bemerkenswert ist noch, daß der Lohn der Schlosser und Dreher durchschnittlich 35 Pf. pro Stunde beträgt. Mit Recht kann hervorgehoben werden, daß die Lehrlinge, zumal man dieselben zur Akkord-Arbeit heranzieht, und der Akkordpreis den dritten Teil dessen beträgt, was ein erwachsener Arbeiter erhält, zu Konkurrenten der übrigen Arbeiter ausgenutzt werden. So werden die Lehrlinge schon im jugendlichen Alter mit der Akkord-Beitreibung, was soll aus der Ausbildung solcher jungen Leute werden? Diesem Umstand ist es auch auszusprechen, daß eine große Anzahl nach beendeter Lehrzeit ihr Handwerk aufgeben, und jede andere Arbeit, die ihnen geboten wird, annehmen müssen. Hinzu kommt noch, daß die Arbeitgeber bei jeder Lohnforderung darauf hinweisen, daß junge Leute, welche aus der Lehre kommen, nicht den Lohn beanspruchen können, den die älteren haben. Das war bei den Beratungen der Lohnkommission der Klempner

mit den Meistern zu konstatieren. In Wirklichkeit ist diese Motivierung der Meister nicht als eine Dintergehung der Lohnvereinbarungen; tragen doch die Meister die Schuld an der mangelhaften Ausbildung selbst.

Was die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes anbetrifft, so stellt sich dieselbe nach den Ermittlungen pro Quartal und Beruf wie folgt:

Beruf	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	pro Jahr
Schlosser	15	14	18	16	63
Dreher	2	1	6	6	15
Stempner	12	3	2	5	22
Schmiede	3	2	1	2	8
Seilenhauer	2	—	—	—	2
Mechaniker	—	—	—	—	—
Formner	2	—	—	—	2
Sonstige Metallarbeiter	27	9	10	16	62
<b>Zusammen</b>	<b>61</b>	<b>32</b>	<b>39</b>	<b>46</b>	<b>180</b>

  

Beruf	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	pro Jahr
Schlosser	208	311	306	306	1371
Dreher	97	89	181	121	491
Stempner	314	5	26	111	496
Schmiede	118	39	20	38	215
Seilenhauer	15	—	—	—	15
Mechaniker	—	—	—	—	—
Formner	21	—	—	—	21
Sonstige Metallarbeiter	27	9	10	16	62
<b>Zusammen</b>	<b>1701</b>	<b>109</b>	<b>888</b>	<b>881</b>	<b>4053</b>

Aus dieser statistischen Ermittlung geht zur Genüge hervor, daß ein großer Teil der Arbeitslosigkeit hätte vermieden werden können, wenn einige Arbeitgeber nicht so sehr auf die Ausbeutung der Lehrlinge bedacht gewesen wären. Am Schlusse des vorigen Jahres gehörten dem Metallarbeiter-Verbande ungefähr 900 männliche Mitglieder an; arbeitslos waren hier von 180 oder 20 Proz.

Angeht es solcher Verhältnisse ist es die Pflicht jedes Mitgliedes, mit allen Kräften für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Gleichzeitig wird an die Eltern die Mahnung gerichtet, bei Bestimmung eines Berufes für ihren Sohn nicht allzu sehr auf die Metallindustrie bedacht zu sein, da Löhne von 28 und 30 Pfg. die Stunde sowie längere Arbeitslosigkeiten hier nicht zu den Seltenheiten gehören.

**Travemünde.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag Abend hier selbst. Der Arbeiter M. hatte mit einem Tischler einen Sarg nach Timmendorferstrand per Wagen zu befördern. Hierbei fiel er unter den Wagen und wurde überfahren. M. trug schwere Verletzungen davon.

**Malente.** Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen hier selbst, die Sperre verhängt worden.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** In die Redaktion unseres hiesigen Parteiorgans ist Genosse Brecon eingetreten. — Die Unternehmer in Preetz verjenden anlässlich der Differenzen im Baugewerbe schwarze Listen. Das ist die alte Geschichte! — Die Holzarbeiter in Schleswig hatten den Meistern verschiedene Forderungen eingereicht, u. a. zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiswesens, Minimallohn von 4 Pfg., Abschaffung der Akkordarbeit u. Auf Wunsch der Meister sollen die Arbeiter ihre Forderungen nunmehr nach dem Beschlusse einer Mitgliederversammlung den einzelnen Arbeitgebern selbst unterbreiten. — Ueber die Eisengießerei von Jakob Gerlach in Geestemünde ist seitens der Metallarbeiter die Sperre verhängt worden. — Die Maurer in Nordenhain haben die Kündigung eingereicht und eruchten um Fernhaltung des Zuguges.

**Hamburg.** Die Stellung Hamburg's zum Jesuitengesetz. Der Senat hat auf die Interpellation einiger Bürgerchaftsmitglieder bezüglich seiner Haltung zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes die Antwort erteilt, daß, nachdem der Reichstag wiederholt um Aufhebung des Gesetzes bezw. des § 2 erlucht, der Vertreter Hamburgs im Bundesrat gegen Aufhebung des Gesetzes gestimmt habe. Nebenbei bemerkt, sei letzterer Paragraph in Hamburg nie zur Anwendung gelangt. Die Erklärung rief bei den Jesuitenfreier Bewegung hervor. — Wüste Kadavere ereigneten sich in einer Versammlung des Evangelischen Bundes, in der die Jesuiten vernichtet werden sollten. Als der Referent, Hauptpastor Dr. Kade, eine gegen die Jesuiten gerichtete Postkarte verlas, erwiderten aus dem Hintergrunde laute Bravorufe. Darauf geriet die ganze Versammlung in Erregung und sprang unter lauten Parufen von den Sigen. Es entstand ein großer Tumult, und man hörte, wie hinten im Saale einige Jesuitenreumde unanft aus dem Saale befördert werden. Ist das Toleranz? — Ein Vergleich. In dem gestern vor dem Amtsgericht abgehaltenen Termin in der Ange-

sache Dr. Wittenbergs, Chefredakteur der „Neuen Hamb. Wörstehalle“ gegen Genossen Wabersky, Redakteur des „Hamburger Echo“, kam ein Vergleich auf folgender Grundlage zu Stande: Wabersky erklärt, daß er auf Grund der Beweisaufnahme durchaus die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die wissenschaftliche Tätigkeit Wittenbergs von keinerlei materiellem Interesse an der Wommernbahn beeinflusst gewesen sei. Der Beklagte übernimmt sämtliche Kosten.

**Kiel.** Neues vom Milchring in Kiel. Eine von etwa 2500 Personen besuchte Volksversammlung wurde Montag Abend im „Englischen Garten“ abgehalten. Es handelte sich um eine Demonstration gegen das Vorgehen des Milchringes mit dem bekannten Grafen Kopenlow an der Spitze. Nachdem es dem Ring unmöglich geworden ist, den Preis für die Milch ohne Weiteres von 16 auf 18 Pfennig hinaufzuschrauben, unternimmt er es jetzt, die ihm durch die ringfreie Milch bereitete Konkurrenz durch Herabsetzen des Preises aus dem Felde zu schlagen. Genosse Adler wies in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Referat besonders darauf hin, daß es jetzt Pflicht der Arbeiter sei, diejenigen Händler zu unterstützen, welche es ermöglicht haben, ringfreie Milch einzuführen. Nur dadurch werde es möglich sein, die Praktiken des Ringes zu durchbrechen. Am Sonntag hatten die Genossen in Kiel und Umgegend ein diesbezügliches Flugblatt verbreitet. — Schutz den Soldatensöhne — ulmeistern. Auf Verurteilung des Gerichtsherrn wurde das auf 5 Tage Mittelarrest lautende Urteil gegen den Heizer S. aufgehoben und der Angeklagte, wie die „N. Z.“ berichtet, wegen Achtungsverletzung um 8 Tagen Mittelarrest verurteilt. S. hatte als Rekrut von dem erst 1 1/2 Jahr dienenden und trotzdem schon zum Rekrutenunteroffizier bestellten Maschinistenmaat S. wegen Nüchrens im Gliede den Auftrag erhalten, 50mal zu schreiben: „Ich darf im Gliede nicht rühren.“ S. verfügte nicht über Schreibmittel, hatte auch kein Geld, solche zu kaufen. Seine Kameraden halfen ihm auch nicht, so daß er außer Stande war, den Befehl auszuführen. Der Vorgesetzte wiederholte den Befehl immer wieder und erhöhte das Pensum nach und nach auf 500 Sätze. Dann nahm er am 1. Februar Abends in der Dunkelheit den Angeklagten mit auf den Kasernenhof, ließ ihn mit zwei gefüllten Wassereimern gehen und befohl schließlich Laufschrift. Als S. dem Befehl nicht folgte und nach der beendigten Aussage des Maaten ärgerlich rief, daß sei eine Frechheit, er werde es melden, schlug S. den untergebenen. S. wurde dafür in erster Instanz, wie f. St. auch von uns gemeldet, zu 10 Tagen Mittelarrest verurteilt. Auch das Oberkriegsgericht billigte dem Heizer S. die Strafmäßigung nach § 96 des M.-Str.-G. B. zu, erhöhte jedoch die Strafe um 3 Tage wegen der gerade bei einem Rekruten bedenklichen Frechheit.

**Neumünster.** Gegen die hiesigen Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer, mit Ausnahme der zuletzt gewählten drei jüngsten, ist aus § 21 des Gewerbegerichtsgesetzes die Klage wegen grober Amtsverletzung erhoben worden. Die Gesetzesübertretung wird darin gefunden, daß seit einer Reihe von Jahren in hiesigen Wirtschaften Anschläge aushängen, welche die Namen und Wohnungen der Gewerbegerichtsbeisitzer enthalten, und in denen die Arbeiter aufgefordert werden, sich, bevor sie eine Klage beim Gewerbegericht anhängig machen, bei einem der Beisitzer zu erkundigen. — Es lebe das Schema F und der bureaukratische Formalismus.

**Oldenburg.** Der „Jeu-Minister“ fühlte sich, wie gestern bereits gemeldet, aus Neue beleidigt durch ein Gedicht in dem „Revidenboten“. Dieserhalb hatte sich der Redakteur desselben, Kruse, am gestrigen Tage zu verantworten. Außerdem wurde ihm noch zur Last gelegt, den Amtsrichter Botje beleidigt zu haben. Das Gericht lehnte auch hier wieder sämtliche Beweisanträge ab, trotzdem der Verteidiger den Wahrheitsbeweis dafür antreten wollte, daß der Minister als Oberstaatsanwalt bis in die neueste Zeit hinein geübt habe. Ein von der Verteidigung benannter Zeuge, ein Kellner, hatte der Ertriker gegenüber den Minister außerordentlich belästigende Angaben gemacht. Nach denselben ist der Zeuge im Eilerschen Restaurant als Kellner tätig gewesen und hat gesehen, daß dort verschiedentlich sehr hoch gespielt wurde. Der tollste Spieler war nach seiner Angabe der damalige Oberstaatsanwalt Kuhnrich, dem er (der Kellner) verschiedentlich Geld geliehen habe. Der Minister schulde ihm sogar noch einen kleinen Betrag. Es sei dort sehr lange, oft bis zum nächsten Mittag, gespielt worden. Der Verteidiger wies darauf hin, daß, falls der Wahrheitsbeweis gelänge, der jetzige Minister strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müsse; er habe den Wert zur Duldung eines Glücksspiels verleitet, habe dazu angestiftet und schließlich ein Verbrechen begangen, indem er ihm zur Kenntnis gekommene strafbare Handlungen (nämlich das Glücksspiel) nicht verfolgt habe. Letzteres Verbrechen wäre mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren zu bestrafen. Das Gericht lehnte, wie schon bemerkt, alle Beweisanträge ab, verurteilte vielmehr Kruse zu 3 Monaten Gefängnis. In den Urteilsgründen hieß es, daß der Ausbruch, der Minister habe die Ehre des Landes geschändet, eine schwere Beleidigung sei. — Der Minister Austrat bleibt trotz dieser neuen Enthüllungen nach wie vor im Amt und Würden. Wie wär's, wenn er jetzt wiederum einen Orden erhalten würde?

**Oldenburg.** Die beiden letzten Sitzungen des Landtags am Dienstag und Mittwoch wurden beherrscht von der Diskussion über zwei soziale demokratische Anträge. Der eine verlangte die Revision der Gemeindeordnung, der andere die Einführung von Sommerferien für die unteren Beamten und Staatsarbeiter. Man wollte dabei aus einer Sache des Ermessens einen Rechtsanspruch machen. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Parteigenossen und den bürgerlichen Vertretern, wobei auch der Zukunftsstaat eine Rolle spielte. Der Antrag auf Revision der Gemeindeordnung wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion abgelehnt, der Antrag auf Sommerferien in etwas abgeschwächter Form angenommen. — Die Auflösung des Landtages scheint zur Tatsache werden zu sollen. In der gestrigen Sitzung des Landtages protestierte nämlich der Abgeordnete Lonje gegen eine geheime Beratung des Präsidiums mit einem Teil der Abgeordneten und dem Minister. Willkür aber die Geschäftslage des Hauses und über eine vertrauliche Vorlage, die, wie der Präsident später erklärte, die Auflösung des Landtages betraf. Die Sozialdemokraten beteiligten sich an dem Proteste, obwohl Genosse Hug mit unter den Ausgewählten war. Es gibt im Landtage keinen Seniorenkonvent, da darf der Präsident auch nicht willkürlich einen solchen schaffen. Zweifelloß wird man bald etwas Anderes hierüber erfahren, da die Wahlen im Sommer vorgenommen werden sollen. Unsere Genossen im Fürsten-



## Rußland und der Krieg.

Sowohl in russischen als in auswärtigen Zeitungen hat man von der Opferwilligkeit und Begeisterung lesen können, mit denen alle Gesellschaftsklassen sich bereit erklärt haben, während des ostasiatischen Krieges Leben und Blut für den Zaren und das Zarenreich zu opfern. Ferner hat die russische Presse die Demonstrationen geschildert, die in St. Petersburg, Moskau, Warschau u. s. w. stattgefunden haben, und bei welchen die patriotische Begeisterung sich in den glühendsten Farben gezeigt hat. Was die betreffenden „Demonstrationen“ anbelangt, so sind sie aber ganz und gar vom Minister Mehwe in Szene gesetzt — eine Lausache, die jedem Kind in Rußland bekannt ist. Und was die „Opferwilligkeit“ betrifft, so wird sie am besten durch nachstehende Begebenheiten charakterisiert. Bei mehreren Bataillonen haben die Kommandanten befohlen, daß eine gewisse Anzahl von Soldaten sich als „Freiwillige“ melden sollen. Niemand zeigte aber Lust dazu, und die Kommandanten mußten deshalb auf eigene Hand die Wahl treffen und die auserlesenen als Freiwillige nach dem Kriegsschauplatz schicken. Bei ihrer Abreise haben fast überall haarsträubende Szenen stattgefunden. In Wiborg (Finland) weigerten sich die Freiwilligen, Platz in den Waggons zu nehmen; es mußte deshalb Gewalt angewendet werden, und die weinenden und jammernden Soldaten wurden mit Peitschenschlägen in den Eisenbahnzug getrieben. In der Festung Sveaborg hielt der Gouverneur Finlands, Bobrikoff, an die dortige russische Garnison, die etwa 6000 Mann stark ist, eine Rede, in der er die Soldaten aufforderte, sich als „Freiwillige“ zur Verteidigung der Krone und des Vaterlandes zu melden. Aber keiner meldete sich. Mit Donnerstimme wiederholte er seine Aufforderung, aber mit demselben traurigen Resultat. Er kommandierte dann das ganze Regiment in die Kirche, in der Hoffnung, daß die Worte des Popen den Patriotismus der Soldaten erwecken könnten; sein Plan scheiterte aber vollständig, da man den Popen, der diese Extrapredigt nicht erwartete, total betrunken in seinem Hause vorfand. Der mit Kleibern und Schuhwerk schlecht versehene russische Soldat weiß nämlich sehr gut, daß er die Gefahr läuft, vor Hunger und Kälte zu sterben, ehe er den Kriegsschauplatz erreicht, und man begreift deshalb sehr wohl, daß seine Begeisterung für den Zaren und den Krieg nicht besonders groß ist. Bei allen Stationen, wo der Zug hält, gehen die weinenden und jammernden Soldaten betteln. Was sie am häufigsten erbetteln, sind Kleider, und sie bekommen denn auch eine Masse derselben, die sie unter die Uniform stecken. Nicht selten sieht man einen alten Gehrock unter der Soldatenuniform hervorragen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß sowohl in St. Petersburg als auch in Moskau eine nicht geringe Opferwilligkeit an den Tag gelegt wird, wenn es sich darum handelt, Geld für die Verwundeten einzusammeln. Aber weit größere Summen würden sicherlich eingehen, wenn man nicht wüßte, daß der größte Teil des Geldes in die Taschen derjenigen Leute landete, die mit der Einsammlung und der Verteilung zu tun haben. Eine reiche Baronin in Petersburg, die dem „Roten Kreuz“ 100 000 Rubel schenken wollte, zog deshalb vor, das Geld mit einer Stafette nach Ostasien zu senden, wo es dem Admiral Aljejew persönlich überreicht werden sollte.

Im Großen und Ganzen herrscht in Petersburg eine sehr gedrückte Stimmung, man hat das sichere Gefühl, daß die Japaner eine lange Zeit den Russen eine Niederlage nach der anderen beibringen werden, ohne daß die geringste Hoffnung auf Abwende vorhanden ist, u. a. wegen der langen Operationslinie, der elenden Beschaffenheit der sibirischen Bahn und der Erbarmlichkeit der Intendantur. Der Zar selbst ist der Verzweiflung nahe. Er bejürchtet, und sicherlich nicht ohne Grund, daß die letzte Stunde der jetzigen Regierung bald geschlagen hat. Augenblicklich befindet er sich in einem hypernervösen Zustande und sieht Menschenmörder

überall. Seine geistige und körperliche Konstitution ist nie stark gewesen, und die Begebenheiten der letzten Zeit haben sie noch mehr geschwächt. Dazu kommt, daß er Ursache hat, sogar seine nächsten Verwandten, besonders seinen Oheim Wladimir, in Verdacht zu haben. Er weiß durchsichtlichs nicht, wer sein Freund und wer sein Feind ist. Nur seiner Gemahlin schenkt er noch volles Vertrauen.

Auch die große Menge der Bevölkerung leidet an der gegenwärtigen Ungewißheit und Unruhe, und die sonderbarsten Gerüchte sind im Umlauf. So wird z. B. erzählt, daß der bekannte Vater Johann aus Kronstadt, als er den Sogor über die nach Ostasien abreisenden Soldaten aussprach, denselben mitteilte, daß der Krieg 25 (!) Jahre dauern und äußerst blutig sein würde. Das ganze China würde sich erheben; schließlich aber würde ein großer Teil des himmlischen Reiches eine russische Provinz werden. Diese Räubergeschichte, die viel geglaubt wird, ist späterhin damit ergänzt worden, daß die ganze männliche, russische Bevölkerung über 17 Jahre zum Kampf gegen die heidnischen Japaner einberufen werden soll.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Eberswalde sind die Maler in den Ausstand getreten. — Ein Bauischlerstreik ist in Charlottenburg ausgebrochen. Den Unternehmern ist vor kurzem ein Netto-tarif, wie der in Steglitz und Weißensee vorgelegt worden. Auf die ablehnende Antwort legten Montag 150 Bauischler die Arbeit nieder. — In Magdeburg haben 200 Maler die Arbeit niedergelegt; sie fordern 45 Pfennig Stundenlohn und 10tägige Arbeitszeit. — In Chemnitz sind in den Eisengießereien von Hugo Schreier und Zenker Differenzen mit den Formern ausgebrochen. Willkürliche Lohnberechnung sowie ein zehnprozentiger Abzug sind die hauptsächlichsten Gründe dafür. — Die Maurer in Einbeck sind in den Ausstand getreten. — In Mainz sind im Tüngergerwerbe Differenzen ausgebrochen. — Nachdem vor kurzem in München zwischen Schuhmachergehilfen und den Arbeitgebern vor dem Gewerbegericht durch Annahme von Tarifvereinbarungen eine Einigung erzielt worden war, haben jetzt verschiedene größere Meister ihre Zugeständnisse wieder zurückgenommen. Die Arbeiter haben deshalb bei allen Meistern, die den Kontrakt nicht innehalten, die Arbeit niedergelegt. Beteiligt sind gegen 60 Gehilfen. — Die Aussperrung der Buchbinder in Dänemark ist nunmehr zur Tatsache geworden. So weit es sich bis jetzt feststellen läßt, haben sämtliche Mitglieber der Buchbinder-Vereinigung von Kopenhagen ihre männlichen und weiblichen Arbeiter in einer Anzahl von zirka 400 ausgesperrt. In den Provinzialstädten sind von den Mitgliebrern der dort bestehenden „Centralvereinigung der Buchbindermeister“ zirka 130 Gehilfen ausgesperrt und, wie „Niklaus Bureau“ meldet, streikt dort außerdem ein Teil der Arbeiterinnen.

**Der Verband deutscher Handlungsgehilfen** — nicht zu verwechseln mit jenem Zentralverband der Handlungsgehilfen — hat am Sonntag seine Generalversammlung in Leipzig abgehalten. Abgenommen wurden Resolutionen für die Entwicklung der kaufmännischen Fortbildungsschulen und für reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren, insbesondere auch gesetzliche Festsetzung eines Sommerurlaubs von 14 Tagen, Einführung von Handelsinspektoren, einheitliche Festsetzung des Ladenschlusses durch Reichsgesetz auf 8 Uhr abends.

**Gemeindewahlen.** In Reinickendorf bei Berlin wurden 2 Parteigenossen gewählt.

**Der Streik der Antwerpener Diamantarbeiter,** der nun bereits seit sechs Wochen anhält, dauert noch immer fort. Die Arbeitgeber bestehen auf dem sechsstündigen Arbeitstag und verharren auf dem Recht, Lehrlinge und un-

organisierte Arbeiter einzustellen. Man ist vielfach der Ansicht, daß eine unparteiische Vermittelung Erfolg haben würde.

**Der Streikverein der Arbeitgeber.** An allen Ecken und Enden lobt der Klassenkampf mit unerschütterlicher Festigkeit auf. Zu der stets zunehmenden Verschärfung der politischen Gegensätze, zur wüsten Scharfmacherhebe der Junker und Junkerengenossen gesellt sich die immer engere Organisations der Arbeitgeber, die Vermehrung des Konfliktsstoffes auf wirtschaftlichem Gebiet. Hier und dort schreit man nach Taten. Jetzt hat der bekannte Mitspieler der Zwölftausendmarkaffäre, der Generalsekretär des Verbandes der Industriellen, H. A. Bueck, eine Broschüre verfaßt, die den Plan eines Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Verwirklichung näher zu bringen trachtet. In dieser Broschüre, deren Inhalt die „Köln. Ztg.“ teilweise wiedergibt, klagt der Ober-Scharfmacher beweglich über die Unmöglichkeit, die Arbeiterorganisationen mit gewöhnlichem Werkzeug zu zertrümmern, und entwirft einen ausführlichen Plan der — „Notwehr“. Wenn ein Streit ausbricht, soll eine Schiedskommission des Verbands untersuchen, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt seien. (1) Erweisen sich ihre Forderungen als „unberechtigt“, dann hätten die Repräsentanten des Verbandes in Anwendung zu kommen. Zunächst wäre eine Sperrung der gleichartigen Betriebe für ausländische Arbeiter durchzuführen, dann eine Aussperrung auch der nicht streikenden Arbeiter, schließlich eine Unterstützung der durch den Streik lahmgelegten Betriebe mit barem Gelde. — Es ist abzuwarten, wie weit es Herrn H. A. Bueck gelingen wird, seinen nicht ganz neuen Plan eines scharfmacherischen Zukunftsstaates durchzuführen; jedenfalls hat er in der Treibhausstunde des jetzigen Kampfes mehr Aussicht, wenigstens zur teilweisen Verwirklichung zu gelangen, als in früheren ruhigeren Zeiten. Wären wir so bornert wie die scharfmacherischen Arbeitgeber, so würden wir alsbald ein groß Geschrei erheben über diesen Plan des Umsturzes einer Gesellschaftsordnung, die auf den freien Wettbewerb und das freie Spiel der Kräfte aufgebaut ist, und müßten sofort Zuchtmaßregeln gegen die Arbeitgeber verhängen. Indes sind wir weit davon entfernt, den Arbeitgebern ihr Recht auf Organisation zu bestreiten. Es ist aber eine Infamie sondergleichen, wenn diese Leute, die für sich selbst alle Rechte der Organisation in Anspruch nehmen, den Arbeitern die gleichen Rechte bestreiten und vorenthalten. Je enger sich aber die Unternehmer zusammenschließen, desto energischer müssen die deutschen Arbeiter zum Angriffe schreiten gegen ein Koalitionsrecht, das keines ist und es zuläßt, daß tagtäglich streikende Arbeiter in die Schlingen eines weitmaßstäbigen, durch liebevolle Interpretation bis zur Unendlichkeit ausdehnbaren Strafgesetzes gezogen werden. Der Arbeiter aber muß blind sein, der es heute noch überfieht, daß in der Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die einzige Möglichkeit zur Behauptung und Verteidigung seiner Existenz liegt!

**Ans Saarabien.** Auf den fiskalischen Gruben in Sulzbach im Saargebiet ist folgende Bekanntmachung angeschlagen worden:

„Wer sozialdemokratische Tendenzen verfolgt, die Sozialdemokratie durch Abonnement ihrer Zeitungen unterstützt und insbesondere die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ liest, wird, wenn er selbige bei dem bevorstehenden Quartalswechsel nicht abbestellt, auf dem Wege der Kündigung entlassen.“

Kgl. Berginspektion V, Sulzbach, gez. Sieder.

**Ganz Stumm!** Einen sozialdemokratischen Bürgermeister wählte die Gemeinde Aue bei Durlach in Baden zum zweitenmal. Die erste Wahl war für ungültig erklärt worden. Der gewählte Genosse Wenner erhielt 198 Stimmen, seine beiden Gegner 90 und 20 Stimmen.

**Eine rührsame Geschichte von einem königstreuen Musterarbeiter** erzählte Preußens Eisenbahn-

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

87. Fortsetzung.

„Alle Better,“ rief Semmlin, „das ist meinstwegen ein hübsch Stück Geld! Dann ist aber auch die saule Geschichte nicht wahr, daß er sich nur erschossen hätte, weil er die Blenbheim nicht heiraten wollte!“

„Unfinn — die Leute sind rasch mit solchen Erklärungen bei der Hand,“ meinte der Notar. „Also, Herr Semmlin, die Rechnungen aus Berlin und die Zehne muß ich haben. Die Vollmacht ist da; die Zehne können Sie mir unterschreiben, wenn Sie wieder herüberkommen, das wäre vor der Hand das Hauptstück. Ich werde noch vorher einmal selbst mit Herrn von Schaller sprechen und sehen, ob ich ihn im Guten dazu bringen kann, die Sache freiwillig zu erledigen.“

„Mit dem Munde ja — meinstwegen mit dem größten Vergnügen — aber da kommt Jemand,“ unterbrach er sich, als es leise an die Tür pochte. „Na, also auf Wiedersehen — ich, Ramsell Peters,“ rief er aber, als er in der Tür das junge Mädchen traf, das in seinem Hause wohnte — „ich, sehr Sie mal an, wollen Sie auch Jemanden verklagen?“

„Ach nein, Herr Hofapotheker,“ erwiderte tief errötend Käthchen, „nur dem Herr Notar wollte ich einen Teil des Geldes bringen, das er so freundlich war für mich anzulegen. Aber auch Ihnen, Herr Hofapotheker, bin ich zu großem Dank verpflichtet, daß Sie sich meiner in der Wohnungssache angenommen haben. Die Fräulein von Klingenberg waren so unfreundlich gegen mich, und ich habe Ihnen doch nie etwas zu Leide getan.“

„Nein, das haben Sie auch nicht, mein liebes Kind,“ sagte Semmlin, und meinstwegen auch keinem Menschen sonst. Aber lassen Sie die Gesellschaft nur laufen, denn

wenn es nicht für den Oberleutnant wäre — und das ist ein prächtiger Herr, mit dem man ein Wort reden kann —, so hätte ich ihnen schon lange die Wohnung gekündigt; na, nochmals guten Morgen, Herr Notar!“

„Und was bringen Sie mir, mein Kind?“ sagte Käthchen freundlich, als der Hofapotheker fort war und auch Aug das Zimmer verließ, damit Käthchen nicht seine rotgeweineten Augen sehen sollte.

„Geld, Herr Notar,“ lächelte das junge Mädchen, „wenn auch noch nicht alles, so doch wenigstens einen Teil davon, denn Klingenberg haben mir heute, als sie mir mein Logis kündigten, das Geld geschickt, das ich nach Abzug der Miete noch bekam. Sehen Sie, es sind wieder zwei volle Taler.“

„Und hatte das solche Güte?“

„Ich habe keine Freude an meiner Maschine, bis sie ganz bezahlt ist, und das wird ja doch jetzt wohl nicht mehr so lange dauern.“

„Und Sie haben sich dazu von Allem entblößt —“

„Weshalb nicht? Was nützt mir Schmutz, den ich doch wahrscheinlich nie im Leben wieder tragen würde? Mit der Maschine aber weiß ich, daß ich mich, wenn ich fleißig bin, schuldenfrei am Leben erhalten kann.“

„Und wenn Sie einmal krank werden?“

„Gott wird mich davor bewahren! Aber gegen Krankheiten kann kein Mensch —, jetzt bin ich Ihnen noch volle vier Taler schuldig, nicht wahr, Herr Notar?“

„Es wird wohl so herauskommen,“ sagte der alte Mann gerührt, aber er wußte recht gut, daß sich darin nichts mit ihr machen ließ; sie wollte selbständig sein und setzte ihren Willen durch.

„Was haben Sie denn mit Klingenberg?“

„Ich weiß es nicht,“ seufzte Käthchen, „aber gerade das junge Fräulein scheint einen recht herrlichen Charakter zu haben und legte es ordentlich darauf an, mir wehe zu tun. Ich brauche mir aber von keinem Menschen etwas gefallen

zu lassen, denn ich tue nichts Unrechtes, und für das, was ich bezahlt bekomme, liefere ich auch den vollen Wert der Arbeit.“

„Da haben Sie recht — und apropos — ich hätte auch noch eine Kleinigkeit für Sie zu tun, wenn Sie Zeit haben, heißt das, denn ich eile nicht damit.“

„Für Sie immer, Herr Notar; sagen Sie mir nur, was es ist — kann ich es gleich mitnehmen?“

„Nein, mein Kind, ich muß es erst vorjucken, und so eilig ist es auch nicht. Ich schicke es Ihnen dann hinfür, oder bitte Sie, es abzuholen. Heute bin ich gerade ein wenig beschäftigt.“

„Und ich höre Sie immer in Ihrer schweren Arbeit,“ sagte das junge Mädchen, „sien Sie mir nicht böse, Herr Notar.“ Damit hatte sie das Papier, in dem sie das Geld gebracht, wieder zusammengefaltet und wollte eben mit einem kurzen Gruß zur Tür hinaus, als sie fast gegen einen Herrn anstieß, der eben, ohne anzuklopfen, hereintrat, so daß sie mit einem leisen Schrei zurückfuhr.

„Käthchen!“ rief aber Hans von Solberg herzlich, indem er ihr die Hand entgegenstreckte, „treffen wir uns auch einmal wieder? Ich habe mich so lange danach geseht, Sie zu sehen, und wäre gewiß schon gekommen, wenn Sie es mir nicht so streng verboten hätten.“

„Es geht ja aber doch nicht, Herr von Solberg, Sie wissen es ja selber,“ sagte Käthchen, indem sie ihm die Hand reichte, die er in seiner rechten behielt und mit der linken langsam freischiebte.

„Ich weiß es, Käthchen, ich weiß es und sehe ein, daß Sie vollkommen Recht haben, und ich denke auch gar nicht daran, gegen Ihren Willen zu handeln; aber daß ich Ihnen hier auf neutralem Grund und Boden wieder begegne, freut mich um so mehr — und geht es Ihnen gut?“

„Recht gut, Herr von Solberg, ich habe so viele Arbeit, als ich möglicher Weise schaffen kann, und die Leute sind fast alle freundlich mit mir, besonders hier der Herr Notar. Jetzt

minister Dabbe im ganzen Drukton seiner stilllichen Ent- rüstung neulich im Herrenhause. „Mir wurde“, sagte er, „vom Herrn Minister des Innern der Name eines Mannes mitgeteilt, der sich bei jeder Gelegenheit königstreu gezeigt und seiner königstreuen Gesinnung Ausdruck gegeben hatte. Die sozialistischen Agitatoren forderten und erreichten seine Entlassung aus der Fabrik und duldeten nicht, daß dieser Arbeiter ein anerkannt tüchtiger Mann, in irgend einer an- deren Fabrik seines Wohnortes Stellung fand. Der Mi- nister des Innern fragte mich, ob ich ihn nicht anstellen könnte, da der Mann schon seit Wochen arbeitslos sei. Ich habe dann verfügt, daß der Mann in eine Staatswerkstätte aufgenommen wurde und freute mich, daß ich diesem Familien- vater mit fünf Kindern Brot geben konnte.“ — Natürlich glaubten die Herren Junker, Fürstlichkeiten, Professoren und Oberbürgermeister des hohen Herrenhauses dem Minister diese Schauermär aus Wort. Und sie entrüsteten sich mit ihm. Wer ist nun aber der königstreue Arbeiter, dem von roten „Terroristen“ solche Schandtat widerfahren? Eine gar angenehme Persönlichkeit ist es. Ein Mann, der Mit- arbeiter zweimal wegen Majestätsbeleidigung benutzte und so ins Gefängnis brachte. Ob Herr Dabbe wohl mit solchen Leuten zu- sammenarbeiten möchte?

**„Objektive“ Mißwirtschaft.** Vor dem Schöffengericht in Essen hatte sich am Sonnabend der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leimpeters, wegen Be- leidigung des Betriebsführers Altkopf, von der Rede „Graf Deuff“ zu verantworten. Die „Bergarbeiter-Ztg.“ brachte in Nr. 47 vom 28. November v. J. eine Notiz über Miß- stände auf genannter Grube, die in grober Weise gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstoßen. Die Beweisführung ergab, daß die Mißstände vorhanden waren. Das gab auch die als Belegungszeugen geladenen Anschläger zu, bekundeten aber, daß der Betriebsführer davon nichts ge- wußt habe. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Der An- geschlagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig, da es aus dem Artikel deutlich hervorgeht, daß es ihm nicht um das Rügen der Mißstände zu tun war, sondern nur darum, dem Privatkläger eine auszuwichen. Wäre es ihm um Abstel- lung der Mißstände zu tun gewesen, so hätte er, anstatt den Artikel aufzunehmen, dem Privatkläger oder dem königlichen Oberbergamt davon Mitteilung machen müssen, die dann schon für Abbesserung der geringen Uebelstände gesorgt hätten. Objektive ist der Wahrheitsbeweis zwar er- bracht, selbst wenn man auf die Aussagen einiger Zeugen, die ungewissenhaft übertrieben hätten, nicht allzuviel Wert legt; dahingegen sei aber nach keiner Richtung bewiesen, daß der Privatkläger von den Uebelständen seiner Untergebener gewußt habe. Darum wird der Angeklagte zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Charakteristisch ist, daß drei Zeugen, sobald sie die Verlesung bekamen, um gegen die Mißstände zu zeugen, sofort bei Anzah- lung von sechs Schillingen entlassen worden sind. — Die Presse hat also nach Ansicht der Essener Richter auf alle Fälle den Mund zu halten und mag sie die Wahrheit zu sagen, so ist sie deswegen noch nicht straf- frei!

**Ausschluß aus der Partei.** In der letzten Sitzung des Reichstages in Berlin wurde der Vereins- vorstand ein Schreiben Stegmüllers, in welchem er dem Reich seinen Rücktritt als Reichstagsmitglied anzeigt. Der Grund liegt darin, daß St. nicht gewillt ist, anerkannt berechtigtes Forderungen der Eisenbergwerksgesellschaft nachzu- kommen. Auf Grund dieser Tatsache erklärte der Reichs- verein einstimmig, daß Stegmüller logischerweise als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden muß.

**Ein Volksgesetz über ein Gerichtsurteil.** In- folge der Verurteilung eines Mannes (Leid) im Kaiser- inderprozess durch welche diesem auch die einseitigen Folgen hervorgegangen werden (ausgesprochen) werden, ist der Reichstagsbeschluss im 32. Berliner Reichstagsbeschluss frei geworden. Montagabend beschloß die Reichstags- versammlung einstimmig, daß Stegmüller logischerweise als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden muß.

**Die königstreue Spandauer.** In den Städten nach ich aber fort, denn wir haben den Herrn von — Wenn Sie wohl, Herr von Solberg, und ihre Hand aus der Hand ziehen, hätte sie über den Berg und die Treppe hinab. „Haut hat und sah ihr auch, wie lang ihre Ge- hirt und die war.“ „Arms Kind,“ sagte er dann herzlich, als er zurück in die Zimmer trat, „das ist nun ein großes Mädchen, aber arm und auf ihrer Hand Arbeit angetrieben, und wie anders hätte das Mädchen sein können!“ „Ja, Herr von Solberg,“ sagte Kaiser, „das ist in der Tat ein merkwürdiges Kind, und wenn ich in der Sache ein- zeln betrachtet werden würde, so hätte ich gewiß, daß sie ein solches ist.“ „Haut hat und sah ihr auch, wie lang ihre Ge- hirt und die war.“ „Arms Kind,“ sagte er dann herzlich, als er zurück in die Zimmer trat, „das ist nun ein großes Mädchen, aber arm und auf ihrer Hand Arbeit angetrieben, und wie anders hätte das Mädchen sein können!“ „Ja, Herr von Solberg,“ sagte Kaiser, „das ist in der Tat ein merkwürdiges Kind, und wenn ich in der Sache ein- zeln betrachtet werden würde, so hätte ich gewiß, daß sie ein solches ist.“

der Märzgefallenen im Friedrichshain in Berlin war auch von den Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau ein Kranz niedergelegt worden. Wenigstens stand auf der roten Schleiße des Kranzes: „Gewidmet von Arbeitern der Staats- werkstätten in Spandau.“ Die Direktion der Spandauer Staatswerkstätten ließ natürlich sofort Ermittlungen an- stellen und kam dabei, da kein Arbeiter so dumm war, sich durch Nennung seines Namens brotlos zu machen, zu dem befriedigenden Resultat, daß die Arbeiter der Spandauer Staatswerkstätten ausnahmslos königstreue sind und mit dem Kranz überhaupt nichts zu tun gehabt haben. Ganz schreit man der königstreue der Staatsarbeiter aber doch nicht zu trauen, sie sollen nämlich jetzt auf Geheiß der Direktion gegen den von der Polizei ermittelten Ueberbringer des Kranzes, einen Spandauer Handelsmann, auf Beleidigung Klagen. Im Beleidigungsprozess hofft man dann die Namen der Betei- ligten zu erfahren. Daß man den Arbeitern zumutet, die Beleidigten zu spielen, um ihre Kollegen an das Messer zu liefern, ist ein starkes Stück — man müßte denn wirklich glauben, daß die Arbeiter durch die Niederlegung des Kranzes sich tatsächlich beleidigt fühlten und das wäre ein noch stärkeres Stück.

**Der Internationale Kongress von Amsterdam.** Das Internationale Sozialistische Sekretariat (Viktor Serov) veröffentlicht einen Aufruf an die sozialistischen Parteien und gewerkschaftlichen Arbeiterverbände aller Länder und fordert dieselben zur zahlreichsten Beteiligung des Kongresses auf. Als Kongresslokal ist endgültig das Konzerthaus Gebouw in Amsterdam bestimmt. Das Sekretariat veröffentlicht die Re- sultate von London und Brüssel, durch welche die Zu- lassungsbedingungen zum Kongress geregelt sind. Jeder De- legierte hat 10 Franken zu den Kosten des Kongresses bei- zutragen, die bei der Abgabe des Mandats zu hinterlegen sind. Jede Nation prüft die Mandate ihrer Angehörigen selbstständig; der Kongress entscheidet nur über die beanstan- deten Mandate. Schließlich fordert das Sekretariat (Brüssel, Rue Heybaert Nr. 63) die Partei- und gewerkschaftlichen Zentralorganisationen aller Länder auf, ihm baldmöglichst Berichte einzusenden.

### Aus Haag und Bern.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte am Montag die 4. Strafkammer in Leipzig den 49 Jahre alten Hand- arbeiter Wilhelm Richard Stöbe zu 6 Monaten Gefängnis. Stöbe hat die inkriminierten Äußerungen über den Kaiser und den Adalv von Sachsen einem Schup- mann gegenüber am 16. Februar ohne irgend welchen Anlaß getan. Er trat einfach auf der Straße zu dem Schuhmann hin und belegte die beiden Monarchen mit einem Schimp- namen. Der Gericht führte in seinem Urteil aus, daß Stöbe durch den konstanten harten Antozelern ein geistig milder- wüthiger Mensch sei.

**Eine 18tägige Fußreise aus Geinitz hat das 21 Jahre alte Dienstmädchen Anna Wind nach Benzlowitz in Schlesien unternommen.** Sie war in einem Berliner Vor- ort in Stellung und wurde schon vier Tage nach ihrem Dienstantritt von ihrem Herrn heimlich entlassen. Nach Zurück- kehrung ihres wahren Aufenthaltsort war sie plötzlich ver- schwunden; ein Brief aus ihrem Heimatort Benzlowitz, der noch drei Wochen in Berlin eintraf, führte den Tat- bestand an. Das Mädchen hatte den Weg bis nach dem schlesischen Dorfchen bei Königshütte zu Fuß zurückgelegt. Ohne einen Pfennig Geld hatte sie sich durchgeschlagen, indem sie sich unterwegs von den Gassen mühseliger Menschen not- dürftig ernährte.

**Scheitern einer italienischen Villa.** Vor dem Scherengericht von Siena hat, wie dem „Zeit. Tagebl.“ aus Rom geschrieben wird, der Prozess gegen die drei Mädchen Caterina, Ester, Veronica de Francesco begonnen, die des Veramordes überführt sind. Der Vater, ein alter Schenker, hatte nach dem Tode der Mutter keine Mätresse in seine Villa bei Bari genommen, und die Töchter waren der Mutter und Vererbung dieser Verben unterstellt. Das genannte Verhältnis zwischen Töchtern und Vater nahm noch zu, als die älteste, Caterina, sich gegen des Vaters Willen mit einem jungen Landwirt verlobte. Was in der einjüngigen Villa alles vorging, ist unbekannt; kurz, als eines Tages die Mätresse Romane auf einen Tag in die Stadt ging, geschah das Unheil. Während der Vater seinen Nachmittagsgeschloß hielt, schloß Caterina an das Sofa und

gab auf den Schimmernden einige Revolverkugeln ab, die ihn sofort töteten. Dann trugen die drei Schwestern den Leichnam des Vaters in einen Schrank, wo sie ihn ver- borgen, und flohen nach Bari zu einer Tante. Die heim- kehrende Mätresse entdeckte das Verbrechen, und die drei Mädchen, die im Hause der Tante festgenommen wurden, gestanden die Tat ohne jedes Zögern von Neuem ein. Caterina, die älteste, ist eine bescheiden junge Schönheit. Ihre Aussagen — die durchaus den Eindruck tragender Wahrheit machen — lauten für den Toten vernichtend. Der einst reichgehaltene de Francesco hatte zuerst Hans und Hof- bracht aber ohne Rücksicht auf Frau und Kinder alles in lieberlicher Gesellschaft durch und mußte schließlich mit den Seinen nach einer kleinen Villa vor der Stadt übersiedeln. Mutter und Töchter wurden fortwährend grausam miß- handelt, bis die Mutter vor Gram starb. Dann nahm der Vater seine Geliebte, eine Lehrerin, die bereits ein Kind von ihm hatte, zu sich, und das Haus ward den unglücklichen Wesen, die nicht einmal genug Nahrung erhielten, vollends zur Hölle. Mit Tränen stand Caterina schließ- lich, daß der Vater sie unter Todesdrohungen vergewaltigt. Am dem verhängnisvollen Tage — wo des Vaters Mätresse nach der Stadt gegangen — wollte der Glende das Verbrechen wiederholen, aber außer sich vor Verzweiflung, griff das ge- qualte Mädchen zur Waffe und tötete das Ehepaar, das sein Vater war. Allgemeine Bewegung bewachte sich des Publikums wie des Gerichtshofes bei dieser Schilderung. Ester sagte in demselben Sinne aus, Veronica aber — die geisteschwach ist — fiel in epileptische Krämpfe und wußte sich auf nichts mehr zu erinnern. Auch die Aussagen des Bürgermeisters und anderer Augenzeugen stimmten überein, daß in der Villa de Francesco merkwürdige Zustände herrschten, und die Töchter unter dem gänzlich verkommenen Vater schwer zu leiden hatten. Natürlich ruft dieser Prozess in ganz Italien das denkbar größte Aufsehen hervor, und man erwartet das Urteil mit Spannung.

**London.** Die Katastrophe der Bart Lady Cairns. Zu dem Zusammenstoß der deutschen Bark „Mona“ mit der englischen Bark „Lady Cairns“, der bekanntlich beim Kirch-Leuchtturm erfolgte, wird noch be- richtet, daß mit der „Lady Cairns“ 22 Personen untergegangen sind.

### Lübcker Stadttheater.

**Die Entführung aus dem Serail,** komische Oper in 4 Akten von W. A. Mozart. So ist denn der unterber- liche Wolfgang Amadeus doch noch vor Saisonabschluss zu Worte gekommen! Es wäre aber auch gar zu blamabel gewesen, wenn man an ihm, dem Großen der Großen im Reiche der Töne, achils vorüber gegangen wäre. Daß man gerade seine „Entführung aus dem Serail“ wählte, Mozarts erste deutsche Oper, die nach ihrer ersten Auf- führung in Wien Joseph II. als „zu schön für die Ohren der Zeitgenossen“ bezeichnete, freut uns noch besonders; denn diese Oper, die Mozartischen Geistes voll ist, verdient es, wie nur selten eine, häufiger gegeben zu werden. Die treffende Charakteristik und die Fruchtbarkeit des Ausdrucks der Musik verleihen ihr geradezu den Charakter einer echten und rechten Volksoper. Leider entsprach die Aufführung nicht so ganz unseren Erwartungen. Man hatte den gan- zen Ton der Oper mehr auf eine Bosse mit Musik ge- stimmt, wodurch sich natürlich der Duft der Mozartischen Musik vielfach geradezu verflüchtigte. Insbesondere war es das Verhältniß von Wolff Scholz, der den komischen Osman mit so vielerlei nebenfächlichen Mädchen be- dachte — sogar die Aufhebung des 2. des Jesuiten- gesetzes (!) mußte herhalten — daß die Aufführung außer- ordentlich darunter litt. Man würde förmlich weh ge- stimmt, wenn man sich erinnerte, was J. St. Desjard, der diese Rolle unter der Direktion Heinrich gesungen, daraus machte. Da mal was es eine geradezu klassische Auffüh- rung, was sich von der am Dienstag beim besten Willen nicht behaupten läßt. Im Gegenteil: sie wirkte teilweise einschläfernd und lähmend auf die Zuhörer. Recht Er- freuliches boten Julius Brißke als Belmonte und be- sonders Gerda Callag als Konstanze, deren verlebte Sololaturen das Ohr ergötzen. Eine netzliche Blonde war Emmy van Noorden. Carl Baumann, der den biederen Pedrillo gab, schnitt trotz einer Indisposition ziemlich gut ab. Am Dirigentenpult befand sich Herr Weyß, der zugleich seinen Ehrenabend hatte. Wie viele treue Freunde unter den Theaterbesuchern er hat, bewies nicht allein der ziemlich gute Besuch der Vorstellung, son- dern auch die reichen Blumenpenden, mit denen er, neben anderen Geschenken, am Schlusse bedacht wurde.

„Ich weiß es,“ sagte Hans tonlos, „und ich fürchte sehr, daß er gerade um das Blutgeld meine arme Schwester elend machen wollte.“ „Jedenfalls,“ nickte der Notar, „denn er hätte kein Reisetage seine Güter liegen im Nord, und er würde sich jedenfalls unterwegs aus dem Staube gemacht haben.“ „Nun, und was gedachten Sie mir zu raten?“ „Ihr Vater muß kurz vor dem Moment der Ent- scheidung mit in's Geheimnis gezogen werden und auch außerdem unter jeder Bedingung frage hier sein. Wenn der ihm dann ruhig erklärt, er wolle ihm das Kapital schon morgen, also am Tage vorher, auszahlen, da vielleicht am andern, sehr bewegten Tage keine Zeit dazu wäre, so müßte ich mich in Graf Rauten sehr füttern, wenn er nicht mit Vergnügen darauf einginge. Die Zahlung findet aber sehr natürlich vor einem Notar statt, um gleich ein Dokument darüber anzunehmen, und damit erreichen wir, was wir wollen.“ (Fortsetzung folgt.)

„Ich weiß es,“ sagte Hans tonlos, „und ich fürchte sehr, daß er gerade um das Blutgeld meine arme Schwester elend machen wollte.“ „Jedenfalls,“ nickte der Notar, „denn er hätte kein Reisetage seine Güter liegen im Nord, und er würde sich jedenfalls unterwegs aus dem Staube gemacht haben.“ „Nun, und was gedachten Sie mir zu raten?“ „Ihr Vater muß kurz vor dem Moment der Ent- scheidung mit in's Geheimnis gezogen werden und auch außerdem unter jeder Bedingung frage hier sein. Wenn der ihm dann ruhig erklärt, er wolle ihm das Kapital schon morgen, also am Tage vorher, auszahlen, da vielleicht am andern, sehr bewegten Tage keine Zeit dazu wäre, so müßte ich mich in Graf Rauten sehr füttern, wenn er nicht mit Vergnügen darauf einginge. Die Zahlung findet aber sehr natürlich vor einem Notar statt, um gleich ein Dokument darüber anzunehmen, und damit erreichen wir, was wir wollen.“ (Fortsetzung folgt.)